

DEAB: Politische Forderungen 2025

Für Globale Gerechtigkeit und Verantwortung in Baden-Württemberg

Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB) vereint mit über 180 Mitgliedsgruppen mehr als 400 Organisationen und setzt sich für die politische Vertretung ihrer Anliegen auf Landesebene ein. Als Landesverband der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Netzwerke fördert der DEAB das bürgerschaftliche Engagement durch Information, Beratung, Vernetzung und Qualifizierung. Wir unterstützen aktiv den Dialog und die Kooperation zwischen verschiedenen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft und stärken so die Stimme der Engagierten aus den Bereichen Eine Welt und Nachhaltigkeit.

Die Welt steht vor gewaltigen Herausforderungen: Kriege, Armut, Hunger, Klimawandel und wachsende Ungleichheit sind drängende globale Krisen, die besonders jene Menschen betreffen, die am wenigsten zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Nationalistische Bewegungen verschärfen diese Probleme zusätzlich. Technologische Umbrüche, wie z. B. die Digitalisierung, schaffen neue Formen von Ungleichheit und Ausbeutung. In dieser Situation ist kollektive Solidarität unsere Hoffnung und Handlungsmaxime.

Unser Leitmotiv „Solidarität.MACHT.Zukunft.“ steht für die gemeinsame Kraft, eine gerechte und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Der DEAB setzt sich für eine Welt ein, in der alle Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können. Wir informieren über die historischen Ursachen globaler Missstände, die durch neo-koloniale Strukturen aufrechterhalten werden, und fördern diverse Perspektiven auf globale Gerechtigkeit, die die Stimmen der Betroffenen einbeziehen.

In unserer Arbeit vertreten wir die Anliegen der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Globalen Süden und unterstützen ihre Bestrebungen nach Selbstbestimmung. Gemeinsam mit internationalen Partner*innen setzen wir uns für Frieden, gerechte Wirtschaftsbeziehungen und soziale Gerechtigkeit ein. Wir sind überzeugt: Die Würde des Menschen ist unantastbar – weltweit und ohne Ausnahme.

Auf der entwicklungspolitischen Landeskonferenz 2025, die am 26. April als Teil des Dialogs „Welt:Bürger gefragt!“ und anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des DEAB ganz im Zeichen von zivilgesellschaftlichem Engagement für Globale Gerechtigkeit stattfand, diskutierten über 240 Teilnehmende drängende globale Herausforderungen und erarbeiteten konkrete politische Forderungen für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg und weltweit. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Landesregierung demokratische wie soziale Teilhabe sowie ökologische Nachhaltigkeit, insbesondere durch Förderung der Bildung und des bürgerschaftlichen Engagements stärken sollte. Sie definierten folgende zentrale Handlungsfelder im Bereich der Entwicklungspolitik, die das Fundament für eine umfassende Strategie bilden, welche landesspezifische Maßnahmen mit globaler Verantwortung verbindet.

- I. Die Zukunft der Zivilgesellschaft sichern:** Langfristig gesicherte und substanziell nachhaltige Unterstützung für die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, zur Stärkung des Ehrenamts und für die Entwicklung neuer Ansätze zur Einbindung junger und diverser Gruppen.
- II. Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung:** Strukturelle und finanzielle Verankerung transformativer Bildungsansätze und Kooperation unterschiedlicher Bildungsakteur*innen, die globale Verantwortung und Handlungskompetenz in allen Bildungsbereichen fördern.
- III. Zukunftsfähiges und gerechtes Wirtschaften:** Konkrete Beiträge zur Transformation des Wirtschaftssystems. Nur ein systemischer Wandel zu einer Wirtschaftsweise, die verbindlich innerhalb planetarer Grenzen agiert und die Menschenrechte weltweit respektiert, schafft die Grundlage für echte ökologische Zukunftsfähigkeit und globale Gerechtigkeit. Als erster Schritt muss die öffentliche Hand Vorbild sein und durch konsequente Anwendung strenger Sozial- und Umweltstandards bei allen Beschaffungsprozessen Verantwortung übernehmen.
- IV. Migrantisches Engagement und Dekolonialität:** Eine gerechte, inklusive und dekoloniale Gesellschaft fördern, den Zugang zu Ressourcen und Bildung für Menschen aus dem Globalen Süden erleichtern, antirassistische Strukturen in Institutionen verankern und internationale Partnerschaften auf Gleichberechtigung ausrichten.
- V. Stärken von internationalen (Schul-)Partnerschaften:** Finanzieller und struktureller Ausbau von Lern- und Bildungspartnerschaften mit dem Globalen Süden, unter anderem zur Förderung des interkulturellen Austauschs und des Globalen Lernens / Bildung für Nachhaltige Entwicklung.
- VI. Klimagerechtigkeit:** Verantwortungsübernahme für eine gerechte Klima-, Energie- und Mobilitätspolitik, die besonders die Auswirkungen auf den Globalen Süden berücksichtigt.
- VII. Frieden:** Friedensbildung stärken, zivile Konfliktbearbeitung ausbauen und Konversion fördern.

VIII. Strukturelle Förderung des Engagements für globale Gerechtigkeit: Dauerhafte und verlässliche strukturelle sowie finanzielle Förderung des entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg durch das Land, um die Arbeit von DEAB, SEZ und ihren Partner*innen langfristig abzusichern, Planungssicherheit zu schaffen und innovative Bildungs-, Beteiligungs- und Netzwerkformate für globale Gerechtigkeit nachhaltig umzusetzen.

Im Folgenden werden diese Handlungsfelder näher beleuchtet und mit konkreten Forderungen unterlegt. Die Ausführungen in jedem Handlungsfeld sollen der Landesregierung als Leitfaden dienen und verdeutlichen, wie die ressortübergreifende Umsetzung gestaltet werden kann, um nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit voranzutreiben.

I. Die Zukunft der Zivilgesellschaft sichern

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für unsere Demokratie und den (welt-)gesellschaftlichen Zusammenhalt ist kaum zu überschätzen. Tausende von Menschen engagieren sich mit Eine Welt-Arbeit in Vereinen, Initiativen und ihren Netzwerken – sie unterstützen bürgerschaftliches Engagement, informieren und leisten wichtige Bildungsangebote.

Doch die Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg steht aktuell vor großen Herausforderungen. Für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation braucht es starke Akteur*innen, die sich für globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einsetzen können. Die Realität sieht anders aus: Zunehmend prekäre finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen schränken die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen stark ein. Wiederkehrende Debatten zu Kürzungen verunsichern das Engagement zusätzlich – und das in einer Zeit, in der dieses Engagement besonders wichtig ist.

Konkrete Forderungen

- 1. Langfristige und planbare Finanzierungen für zivilgesellschaftliche Netzwerke** sollen mit Landesmitteln verstetigt und erhöht und es sollte eine breitere Verteilung der staatlichen Fördergelder gesichert werden. Eine dauerhafte institutionelle Förderung zur Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit (inkl. Globales Lernen / Bildung für Nachhaltige Entwicklung), unter anderem das Eine Welt-Promotor*innen-Programm, soll als fester Titel im baden-württembergischen Haushalt verankert werden.
- 2. Diversität und Integration neuer Akteur*innen** sollen insbesondere durch Förderung (post-)migrantischer Organisationen und Initiativen junger Menschen sowie die Förderung des Austauschs zwischen verschiedenen Akteur*innen erreicht werden. In diesem Zusammenhang ist der Ausbau des Interkulturellen Promotor*innen-Programms in Baden-Württemberg unverzichtbar, da es genau an diesen Schnittstellen arbeitet. Dies soll dazu beitragen, dass sich eingewanderte Fach- und Arbeitskräfte, aber auch Geflüchtete als Teil der Gesellschaft wahrgenommen und zugehörig fühlen. Durch gezielte Förderung von Teilhabemöglichkeiten und den Ausbau effektiver Vernetzungsstrukturen mit und durch Migrantenorganisationen kann der gesellschaftliche Zusammenhalt nachhaltig gestärkt werden.
- 3. Stärkung des Ehrenamts** durch Förderung neuer und flexibler Formen des Engagements, um der abnehmenden Bereitschaft zu langfristigem Engagement entgegenzuwirken. Hierbei ist unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips der Fokus auf die Förderung der organisierten Zivilgesellschaft zu legen. Diese kann im Einsatz für die sozial-ökologische Transformation im Vergleich zu staatlichen Durchführungsorganisationen glaubwürdiger auftreten und durch direkten Zugang zu den ehrenamtlich Engagierten besser als Multiplikator wirken. Auf lokaler Ebene sollen Kommunen dazu aufgefordert und unterstützt werden, Räume für Engagement zu schaffen.

II. Bereich Globales Lernen / Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Das Globale Lernen und die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) haben in Baden-Württemberg dank zahlreicher engagierter Akteur*innen große Fortschritte erzielt, unterstützt durch Rahmendokumente wie die BNE-Strategie des Landes „BNE-BW 2030“. Diese müssen weiter strukturell und finanziell verankert werden, um eine auf Transformation ausgerichtete Bildung in Bezug auf globale Verantwortung auszubauen. Die Politik ist gefragt, die Rahmenbedingungen hierfür zu verbessern. Angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel, sozialer Ungleichheit und Kriege sind Bildungsansätze im Globalen Lernen und der BNE sowie der Demokratie- und Friedensbildung entscheidend, um Wissen und Bewusstsein über globale Zusammenhänge zu vermitteln und Handeln zu fördern. Der Zugang zu Bildungsangeboten muss qualitativ und quantitativ weiter ausgebaut und für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden. Sowohl auf politischer Ebene (bildungspolitischer Rahmen, Einbezug der Zivilgesellschaft) als auch auf inhaltlicher Ebene (z.B. curriculare Vorgaben, Kompetenzentwicklung, Kooperationen) der Umsetzung von Globalem Lernen und BNE im Land braucht es eine größere Verbindlichkeit.

Konkrete Forderungen

1. Finanzielle und strukturelle Förderung von BNE und Globalem Lernen in allen Bildungsbereichen sicherstellen: Verbindlichkeit der Implementierung erhöhen

Globales Lernen / BNE muss in allen Bildungsbereichen ausgebaut und stärker in bildungspolitische Rahmendokumente integriert werden. Zudem sollten die Kompetenzentwicklung und die Begleitung von Einrichtungen im Sinne eines „Whole Institution Approach“ gefördert werden. Ein breit besetztes Begleitgremium der Landesregierung zur Umsetzung von BNE in BW sollte eingerichtet werden, das auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen einbezieht. Ausschreibungen über finanzielle Förderungen (z.B. Lotterieförderung) sollten verstärkt zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus den Bereichen Eine Welt, Nachhaltigkeit und Umwelt geöffnet werden.

2. Qualifizierungs- und Beratungsangebote im Bereich Globales Lernen, BNE, Friedens- und Demokratiebildung ausbauen

Die Kompetenzen und das Bewusstsein von Lehrenden in diesen Bereichen müssen kontinuierlich gestärkt werden. Die Politik sollte mehr Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Aus-, Fort- und Weiterbildung strukturell und finanziell fördern. Zusätzlich sollte ein Berater*innenpool etabliert werden, der praxisorientierte Unterstützung in den Bereichen Globales Lernen/BNE, Demokratie- und Friedensbildung bietet.

3. Vernetzung und Förderung außerschulischer Bildungsakteur*innen vorantreiben

Außerschulische Akteur*innen des Globalen Lernens / BNE sollten besser in die Strukturen der formalen und gesellschaftlichen Bildungsarbeit eingebunden werden. Dies könnte durch eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie dem DEAB erreicht werden, die den Zugang zu Schulen und die Bereitstellung von Ressourcen regelt. Bestehende außerschulische Lernorte für Globales Lernen / BNE sollten vernetzt und finanziell unterstützt werden und neue Lernorte, insbesondere im ländlichen Raum, sollten entstehen. Die Vernetzung von außerschulischen BNE-Akteur*innen sollte verstärkt und institutionalisiert werden.

4. Dekoloniale Transformation institutioneller Strukturen

Lehrpläne und Lehrer*innenbildung müssen dekoloniale Perspektiven integrieren. Antirassistische Bildungsarbeit braucht nachhaltige Finanzierung. Entwicklungspolitische Projekte sollen nach dekolonialen Standards bewertet werden und gleichberechtigte Kooperationen mit dem Globalen Süden anstreben. Regionale Kolonialforschung und Erinnerungskultur müssen gefördert und sichtbar gemacht werden.

III. Gerechtes Wirtschaften in den planetaren Grenzen

Ein zukunftsfähiges und gerechtes Wirtschaftssystem muss den Menschen dienen, die planetaren Grenzen respektieren und darf nicht länger die gewaltvolle Ausbeutung von Mensch und Natur weltweit vorantreiben. Die derzeitige Deregulierungswelle, die auch von EU und Deutschland auf Kosten der Menschenrechte und des Klimaschutzes vorangetrieben wird, besorgt uns sehr. Die Überwindung von Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft ist eines der zentralen Anliegen des DEAB.

Das Konzept der Nachhaltigkeit und die Agenda 2030 mit den 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen setzen einen anerkannten normativen Rahmen für Politik und Gesellschaft, der den Auftrag für zukunftsfähiges Wirtschaften, für die Durchsetzung der Menschenrechte und für globale Gerechtigkeit klar benennt. Das EU-Lieferkettengesetz (CSDDD) ist ein wesentlicher Meilenstein auf diesem Weg und darf als richtungsweisender Rahmen für die Weiterentwicklung der deutschen Gesetzgebung nicht ausgehöhlt werden. Die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg fordern die Landespolitik auf, ihre weltweite Mitverantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen.

Wir erwarten von der künftigen Landesregierung ein deutliches Bekenntnis zu dieser Mit-Verantwortung und eine konsequente Orientierung des Regierungshandelns an dem Ziel, die Wirtschaft – in Baden-Württemberg selbst und in globaler Perspektive – gerecht und zukunftsfähig zu machen. Dazu gehören Rahmenbedingungen und Anreize für Unternehmen im Land, die Wahrnehmung einer Vorbildfunktion, wo die Landesregierung selbst als wirtschaftliche Akteurin auftritt, die Förderung des Fairen Handels und anderer Ansätze solidarischer Ökonomie sowie das Eintreten für gerechtes und zukunftsfähiges Wirtschaften auf Bundes- oder europäischer Ebene.

Konkrete Forderungen

1. Bei öffentlichen Beschaffungen konsequent Sozial- und Umweltstandards anwenden

Die nachhaltige Beschaffung soll gesetzlich verankert werden, damit ihre Anwendung in Behörden und Betrieben des Landes und der Kommunen sowie in Unternehmen mit Landesbeteiligungen breitere Wirkung entfalten kann, als dies die Verwaltungsvorschrift Beschaffung vermag. Die Umsetzung der Ziele soll über ein Monitoringsystem verifizierbar gemacht, Schulungsangebote für Beschaffer*innen auf Landes- und kommunaler Ebene ausgebaut und eine Landeskompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung eingerichtet werden.

2. Auf Bundes-, europäischer und internationaler Ebene verbindliche Regeln zum Schutz der Menschenrechte in der Wirtschaft unterstützen

Die Landesregierung soll verbindliche Regelwerke und zielführende Maßnahmen zum Schutz und zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Wirtschaft unterstützen. Aktuell bedeutet dies auf die Bundesregierung einzuwirken und gemeinsam für den Erhalt des EU-Lieferkettengesetzes (CSDDD) einzutreten, damit nicht wesentliche Eigenschaften für eine zukunftsfähige und wertebasierte Wirtschaftspolitik verspielt werden.

3. Nachhaltige Rohstoffpolitik für Menschenrechte, Umwelt und Klima implementieren

Aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten ist die Umsetzung einer Rohstoffwende dringlich. Baden-Württemberg ist als einer der größten Rohstoffverbraucher der Welt in hohem Maß von Importen aus dem Ausland abhängig und muss eine herausgehobene Vorreiterrolle für eine Rohstoffwende einnehmen. Der Rohstoffverbrauch, ein effizienter Ressourceneinsatz und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft müssen ganzheitlich mit ihren Auswirkungen auf Menschenrechte, Umwelt und Klima in den Blick genommen werden.

IV. Migrantisches Engagement und Dekolonialität

Die Gestaltung einer zukunftsfähigen und gerechten Gesellschaft in Baden-Württemberg und weltweit erfordert zwei zentrale Handlungsfelder: die Förderung migrantischen Engagements und die kritische Auseinandersetzung mit unserem kolonialen Erbe. In einer global vernetzten Welt ist es unerlässlich, die Perspektiven und Erfahrungen verschiedener Herkunft in politische und soziale Prozesse zu integrieren.

Migrantisch-diasporische Organisationen sind keine Zielgruppe, sondern unverzichtbare Akteur*innen für globale Gerechtigkeit. Ihr Engagement fördert Perspektivwechsel, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vertieft das Verständnis für globale Machtungleichheiten. Um dieses Potenzial zu entfalten, müssen Barrieren abgebaut und echte Teilhabe ermöglicht werden.

Die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit ist keine Option, sondern eine Grundvoraussetzung für glaubwürdiges Engagement. Nur durch das Erkennen und Überwinden kolonialer Kontinuitäten können wir die Herausforderungen für Migrant*innen verstehen und gerechtere Strukturen schaffen.

Diese doppelte Aufgabe – migrantische Teilhabe stärken und dekoloniale Transformation institutioneller Strukturen – erfordert konkrete Maßnahmen. Es reicht nicht, Räume für migrantische Stimmen zu schaffen. Diese Stimmen müssen in Entscheidungsprozessen echtes Gewicht bekommen. Zugleich muss die feindliche Narrative zum Thema Migration aktiv hinterfragt und abgebaut werden.

Konkrete Forderungen

1. Gerechter Zugang zu Ressourcen und gleichberechtigte Teilhabe

Migrantisch-diasporische Vereine müssen aktiv in die Entwicklung von Förderkriterien eingebunden werden. Zudem müssen Antragsverfahren vereinfacht werden. Ihre Expertise ist in allen Politikfeldern anzuerkennen und angemessen zu honorieren. Ihre Organisationen sollen als gleichberechtigte Partner*innen behandelt werden.

2. Abbau von Bildungsbarrieren und Förderung akademischer Kooperationen

Bildungsbarrieren für internationale Studierende verhindern akademischen Austausch und festigen neokoloniale Strukturen. Studiengebühren für Studierende aus dem Globalen Süden müssen abgeschafft werden – mit vorübergehenden Stipendienprogrammen als Zwischenlösung. Gleichberechtigte Partnerschaften mit Hochschulen des Globalen Südens sind zu fördern, die auf gegenseitigem Austausch statt einseitigem Wissenstransfer basieren.

3. Bekämpfung von Rassismus und gesellschaftliche Transformation

Der Abbau rassistischer Strukturen und die Etablierung einer positiven Migrationserzählung sind essentiell für gesellschaftlichen Zusammenhalt: Verpflichtende Anti-Rassismus-Fortbildungen für staatliche Institutionen müssen eingeführt werden. Beratungsstellen für Antidiskriminierung benötigen finanzielle Stärkung. Die Politik muss aktiv an der Überwindung feindlicher Narrative zu Migration arbeiten und das Empowerment marginalisierter Gruppen fördern.

4. Gerechte Fachkräftemobilität und verantwortungsvolle Kooperation

Eine zukunftsfähige Fachkräftestrategie beruht auf Kooperation, Wissensaustausch und gegenseitigem Respekt im Sinne einer konstruktiven Migrationspolitik statt auf einseitiger Ressourcennutzung. Dies bedeutet konkret, gleichberechtigte internationale Bildungs- und Qualifizierungspartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens zu gestalten und aufzubauen, die die lokalen Strukturen im Globalen Süden stärken. Zudem sollte die Anwerbung von Fachkräften aus dem Globalen Süden im Kontext globaler Gerechtigkeit gestaltet werden und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Herkunfts- und Aufnahmeländer gleichermaßen berücksichtigen. Wichtig ist auch, die Potenziale von migrantisch-diasporischen Organisationen zu nutzen und sie als zentrale Partner in allen Phasen des Migrations- und Integrationsprozesses einzubinden – sowohl für neu ankommende Fachkräfte als auch für bereits hier lebende Migrantinnen durch gezielte Qualifizierungsprogramme und konsequente Anerkennung internationaler Abschlüsse. Das Interkulturelle Promotorinnen-Programm bildet dabei eine wichtige Brückenfunktion und vermittelt zwischen den verschiedenen Akteuren des Migrationsprozesses. Schließlich gilt es, transnationale Wissens- und Erfahrungnetzwerke zu fördern, die den wechselseitigen Austausch zwischen Fachkräften in Deutschland und in den Herkunftsländern ermöglichen.

V. Stärken von Internationalen (Schul-)Partnerschaften

In einer zunehmend vernetzten Welt sind internationale Partnerschaften auf Landesebene von entscheidender Bedeutung für eine global gerechte und nachhaltige Gesellschaft, interkulturellen Austausch und Globales Lernen. Diese Kooperationen schaffen Räume des gegenseitigen Respekts und der gemeinsamen Lösungsfindung für globale Herausforderungen. Besonders wichtig ist dabei die gleichberechtigte Einbeziehung von Stimmen aus dem Globalen Süden, um koloniale Machtstrukturen zu überwinden und echte gegenseitige Lernpartnerschaften zu etablieren. Um einen nachhaltigen Beitrag zur globalen Gerechtigkeit zu leisten, müssen internationale Partnerschaften gezielt gefördert, gestärkt und ausgebaut werden.

Konkrete Forderungen

1. Stärkung internationaler Partnerschaften durch angemessene Ressourcen und gleichwertige Strukturen

Die personelle und finanzielle Unterstützung bestehender und neuer Partnerschaften muss deutlich verstärkt werden. Die oft großen Hürden bei der Honorarzahungen an Partner*innen im Globalen Süden muss überwunden werden, um faire Kooperationen in gegenseitiger Wertschätzung zu ermöglichen. Besonders wichtig ist die gleichwertige Förderung der tragenden Strukturen sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden, damit klare Zuständigkeiten definiert und langfristig erhalten werden können. Die Schaffung dauerhafter Verantwortlichkeiten durch feste Ansprechpersonen auf beiden Seiten ist unerlässlich für nachhaltige Partnerschaften. Partnerschaftsvereine sollten durch den Ausbau der Förderlinie bwirk! gestärkt werden, um ihre qualitative und quantitative Weiterentwicklung zu unterstützen.

2. Ausbau der AMAHORO Landespartnerschaft mit Burundi

Die AMAHORO Landespartnerschaft demonstriert eindrucksvoll, welches Potenzial in solchen Kooperationsprojekten steckt. Dennoch wird ihre Wirksamkeit häufig durch unsichere Finanzierungsgrundlagen beeinträchtigt. Um diese wichtige Partnerschaft als gemeinsamen Lernraum nachhaltig zu sichern, ist eine Stärkung der AMAHORO Landespartnerschaft mit Burundi und der dafür relevanten (Bildungs-)Akteur*innen dringend erforderlich. Eine Maßnahme in diesem Kontext sollte die Entwicklung von Bildungsmaterialien und -formaten zum Partnerland Burundi sein, die bewusst rassismus- und machtkritische Perspektiven integrieren und so zu einem differenzierten Verständnis beitragen.

3. Förderung von Partnerschaften mit dem Globalen Süden (in allen Sektoren)

Ernst gemeinte und gemeinsam ausgestaltete Partnerschaften fördern eine kritische Auseinandersetzung mit postkolonialen Strukturen und bringen innovative Lösungsansätze hervor. Internationale Partnerschaften von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie Land und Kommunen mit Akteur*innen des Globalen Südens müssen ausgeweitet und als Ideenräume für nachhaltige Lösungen globaler Herausforderungen gefördert werden. Schulpartnerschaften in Baden-Württemberg sollen durch finanzielle und administrative Unterstützung gestärkt werden, so dass baden-württembergische Schulen motiviert sind, Partnerschaften mit Schulen im Globalen Süden, insbesondere mit burundischen Schulen, einzugehen. Dabei sollen echte Gegenseitigkeit und Austauschmöglichkeiten für Schüler*innen aus dem Globalen Süden, auch durch digitale Formate wie „Bildung trifft Entwicklung chat“, ermöglicht werden, um nachhaltig partnerschaftliche Beziehungen aufzubauen.

4. Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele in internationalen Beziehungen

Die Orientierung an globalen Nachhaltigkeitszielen sichert den transformativen Charakter internationaler Partnerschaften. In seinen internationalen Beziehungen, Partnerschaften und Delegationsreisen muss das Land die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele aktiv berücksichtigen und einbringen. Dabei ist die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aus dem Bereich globale Verantwortung essentiell.

5. Verbindliche Berücksichtigung von Perspektiven aus dem Globalen Süden

Echter Wandel vom paternalistischen Hilfsansatz hin zu gegenseitigen Lernpartnerschaften erfordert die verbindliche Einbeziehung südlicher Perspektiven. Die Stimmen und Perspektiven von Partner*innen im Globalen Süden zu berücksichtigen darf nicht nur eine Option, sondern muss eine Verpflichtung sein. Diese Haltung des wechselseitigen Lernens und der gleichberechtigten Beteiligung muss als Grundprinzip in allen Kooperationsformen verankert werden.

VI. Klimagerechtigkeit in Baden-Württemberg – Eine machtkritische Perspektive

Die Klimakrise ist mehr als ein ökologisches Problem – sie ist Ausdruck globaler Ungleichheit. Besonders betroffen sind Menschen im Globalen Süden, die historisch am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Gleichzeitig profitieren Länder wie Deutschland – und insbesondere wirtschaftsstarke Regionen wie Baden-Württemberg – weiterhin vom globalen Ressourcenverbrauch und klimaschädlichen Wirtschaftsmodellen. Eine klimagerechte Landespolitik muss diese Machtverhältnisse anerkennen, Verantwortung übernehmen und gerechte Strukturen schaffen.

Konkrete Forderungen

1. Klimagerechtigkeit gesetzlich verankern

Das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg bedarf einer grundlegenden Neuausrichtung mit Klimagerechtigkeit als verbindlichem Leitprinzip. Diese Neuausrichtung muss konkrete Zielvorgaben für alle relevanten Bereiche – Verwaltung, Wirtschaft, Bildung und internationale Kooperationen – festlegen. Angesichts der deutlichen Verfehlung der bisherigen Klimaziele muss die Landesregierung umgehend ein Klimaschutzsofortprogramm entwickeln und dabei die Empfehlungen des Klimasachverständigenrats vollumfänglich berücksichtigen. Der als Instrument eingesetzte Zertifikatehandel erfordert eine kritische Evaluation und strenge Kontrolle seiner Wirksamkeit. Für eine effektive Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf lokaler Ebene ist es essentiell, den Klimaschutz als verpflichtende Kommunalaufgabe zu verankern und gleichzeitig Kommunen finanziell angemessen auszustatten. Besonders dringlicher Reformbedarf besteht bei klimaschädlichen Regelungen wie dem Dienstwagenprivileg, der Entfernungspauschale und der ungerechtfertigten Subventionierung von Flugreisen. Bei der Entfernungspauschale sollte eine deutliche Bevorzugung umweltfreundlicher Verkehrsmittel wie ÖPNV und Fahrrad umgesetzt werden. Um die bürokratischen Herausforderungen dieser Maßnahmen zu bewältigen, ist ein strukturierter Fachdialog zwischen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft notwendig.

2. Globale Verantwortung durch faire Partnerschaften übernehmen

Ausbau entwicklungspolitischer Süd-Nord-Kooperationen – z. B. mit Burundi – mit Fokus auf Klimaanpassung, Bildung und Wissenschaft. Auch kommunale Partnerschaften sollen in diesem Zusammenhang durch das Land gefördert werden. Das Land Baden-Württemberg soll einen eigenen Klimafonds einrichten, um Klimaschutzprojekte im Globalen Süden gezielt zu fördern.

3. Soziale Gerechtigkeit in der Mobilitäts- und Konsumpolitik

Baden-Württemberg muss verstärkt in emissionsfreie Mobilität investieren und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglichen. Die Landesregierung sollte sich zudem im Bundesrat dafür einsetzen, auf Bundesebene eine Änderung des Steuersatzes für fair gehandelte, biologisch angebaute und unverpackte Produkte zu erreichen. Ziel ist es, diese nachhaltigen Produkte für mehr Menschen erschwinglich zu machen und somit soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit zu verbinden.

4. Klimaschutz in der Wohnpolitik mitdenken

Klimaneutrales Wohnen ist auch eine soziale Frage. Menschen mit niedrigem Einkommen leben meist in schlecht isolierten Häusern und leiden oft unter hohen Energiekosten. Diese Gebäude müssen dringend energetisch saniert und mit klimaneutralen Heizungssystemen ausgestattet werden. Klimaschutz muss mit einer fairen und konsequent gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik verknüpft werden, um soziale und ökologische Gerechtigkeit zu verbinden. Beim Wohnungsbau muss sich das Land zur Nutzung nachhaltiger Baustoffe verpflichten. In Flächennutzungs- und Regionalplänen sollen klare Vorgaben zum Klimaschutz verankert werden.

VII. Friedensbildung ausbauen und Rüstungsexporte eindämmen

Frieden ist die Grundlage für ein gutes Leben und braucht das Engagement jedes Einzelnen, um die Demokratie zu verteidigen. Frieden beruht auf Gerechtigkeit, Gleichheit und der konsequenten Achtung der Menschenrechte – einschließlich politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte. Wer Frieden fördern will, muss auch sicherheitspolitische Fragen und die Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung einbeziehen. Angesichts der Tatsache, dass weltweit jede*r Sechste in einem Kriegsgebiet lebt ist ein Umdenken notwendig. Wir sehen die Fokussierung auf Kooperationen mit Sicherheits- und Rüstungsindustrie sowie rüstungsnaher Forschung kritisch und fordern eine klare politische Neuausrichtung hin zu einer Kultur des Friedens, einer Stärkung der Friedensbildung, ziviler Sicherheit, politischen Konfliktlösungen und globaler Gerechtigkeit. Nicht die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung. Die Hochrüstung blockiert zudem den Kampf gegen die Klimakatastrophe, Umweltkrisen und weltweite Armut. Sie darf auch nicht auf Kosten der staatlichen Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Dialogprogramme von Bund und Ländern gehen.

Konkrete Forderungen

1. Friedensbildung stärken

Friedensbildung ist ein zentraler Baustein für ein demokratisches, gerechtes Miteinander. Sie basiert auf den Prinzipien der Friedenspädagogik und der Menschenrechtsbildung. Ziel ist es, das Verständnis für Konflikte zu fördern und gewaltfreie Handlungsstrategien zu stärken – bei jungen wie bei erwachsenen Menschen. Friedensbildung muss integraler Bestandteil der politischen Bildung und schulischen sowie außerschulischen Bildungsarbeit in Baden-Württemberg sein. Die vom Land finanzierte Servicestelle Friedensbildung bei der Landeszentrale für politische Bildung muss gesichert und inhaltlich wie strukturell auf den Bereich der Erwachsenenbildung ausgeweitet werden. Bei der Informationsarbeit an unseren Schulen muss bei der Diskussion einer Wiedereinführung der Wehrpflicht auch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung thematisiert werden. Das Land sollte daraufhin wirken, dass Menschen, die sich dem Kriegsdienst verweigern und von Krieg bedroht sind, Asyl gewährt wird.

2. Zivile Konfliktbearbeitung ausbauen

Kriege sind das Ergebnis gescheiterter politischer Prozesse. Zivile Konfliktbearbeitung bietet nachhaltige Alternativen zur militärischen Eskalation – von Konfliktanalyse, Menschenrechtsbeobachtung und diplomatischen Initiativen bis hin zur Begleitung von Friedensaktivist*innen und Versöhnungsarbeit nach gewaltsamen Auseinandersetzungen. Staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen der zivilen Konfliktbearbeitung müssen dauerhaft finanziert werden. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und NGOs müssen an sicherheitspolitischen Beratungsformaten der Landesregierung wie beispielsweise dem Runden Tisch Sicherheit und Verteidigung aktiv beteiligt werden.

3. Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen

Unternehmen aus Baden-Württemberg sind bundesweit mit an der Spitze bei Ausfuhren von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern. Waffen aus unserem Land wurden allein in den letzten zwei Jahren unter anderem nach Algerien, Brasilien, Indonesien, Israel, Südafrika, in die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei geliefert. Also auch an Staaten, in denen Menschenrechte systematisch verletzt oder bewaffnete Konflikte geführt werden. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.

Eine klare Positionierung der Landesregierung auf Bundesebene für ein Exportverbot deutscher Rüstungsgüter an Staaten, die Menschen- oder Völkerrecht verletzen und gegen öffentliche Garantien wie Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte ist erforderlich.¹ Des Weiteren ist ein Verbot von Lizenzvergaben für Waffenfabriken im Ausland sowie eine strikte Kontrolle und Begründungspflicht für jede Exportgenehmigung von Kriegswaffen einzufordern.

¹ Wir erkennen an, dass das Völkerrecht Staaten das Recht auf Selbstverteidigung bei Angriffskriegen zuspricht. Daher schließen wir nicht aus, dass in völkerrechtswidrigen Angriffssituationen defensive Rüstungsgüter geliefert werden können, sofern diese ausschließlich der Abwehr dienen, an menschenrechtliche und völkerrechtliche Kriterien gebunden sind und keine Eskalation befördern. Dies steht nicht im Widerspruch zu unserem Ziel, Rüstungsexporte zu minimieren und eine Friedenskultur zu stärken.

VIII. Strukturelle Förderung des Engagements für globale Gerechtigkeit

Das Engagement für globale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg ist auf eine stabile, nachhaltige Unterstützung angewiesen, um seine vielfältigen Aufgaben effektiv erfüllen zu können. Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) und die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) spielen dabei eine zentrale Rolle als Akteure in der entwicklungspolitischen Infrastruktur des Landes. Sie verbinden zivilgesellschaftliche Organisationen, kommunale und wirtschaftliche Akteur*innen auf allen Ebenen und schaffen so die Grundlage für eine koordinierte, nachhaltige Politik für globale Verantwortung, die sowohl lokal als auch global wirkt.

Der DEAB koordiniert die beiden Promotorinnen-Programme: Das Eine Welt-Promotor*innen-Programm mit 11 Fach- und 8 Regionalpromotorinnen berät, qualifiziert und vernetzt landesweit zivilgesellschaftliche und kommunale Akteur*innen. Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm richtet den Fokus auf migrantisch-diasporische Akteur*innen.

DEAB und SEZ tragen maßgeblich zur Umsetzung der **Entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs** bei. Sie organisieren zentrale Formate der Bildungs-, Netzwerk- und Dialogarbeit, wie „Welt:Bürger gefragt!“, die Geschäftsstelle des Rats für Entwicklungszusammenarbeit, die Entwicklungspolitische Landes-, Herbst- und Regionalkonferenz, die Messe „Fair Handeln“ sowie die Partnerschaftsarbeit im Förderprogramm bwirkt!. Diese Formate sind essenziell, um das Bewusstsein für globale Gerechtigkeit zu stärken, den Austausch zwischen verschiedenen Akteur*innen zu fördern und innovative Ansätze in der Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE zu entwickeln. Besonders wichtig sind auch die Bildungs- und Beteiligungsformate für junge Zielgruppen, wie Jugend trifft Politik, Future Fashion und Fairtrade Schools, die eine langfristige Perspektive benötigen, um ihre nachhaltige Wirkung entfalten zu können.

Unsere Forderungen

1. Dauerhafte und nachhaltige finanzielle Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg

Das Land muss sicherstellen, dass für die Arbeit ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um die vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können. Diese finanzielle Stabilität ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Organisationen langfristig planen, innovative Formate entwickeln und kontinuierlich Bildungs- und Dialogangebote für unterschiedliche Zielgruppen bereitstellen können. Eine kontinuierliche Finanzierung ist zudem notwendig, um die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der entwicklungspolitischen Arbeit im Land zu sichern und das Vertrauen aller Partner*innen zu stärken.

2. Strukturelle Absicherung und Planungssicherheit

Es ist essenziell, dass die Unterstützung durch das Land so gestaltet wird, dass DEAB und SEZ und ihre Projektpartner*innen planen können. Dazu gehört eine klare und verlässliche Rahmenplanung, die es ermöglicht, eigene Programme, Formate sowie externe Projekte ohne Unsicherheiten umzusetzen. Nur so können innovative, zielgruppenspezifische Bildungs- und Beteiligungsformate dauerhaft etabliert werden.

3. Absicherung des Eine Welt- und des Interkulturellen Promotor*innen-Programms

Die beiden Promotor*innen-Programme sind unverzichtbar für eine starke Zivilgesellschaft, die sich für globale Gerechtigkeit und Solidarität einsetzt. Sie unterstützen lokale Initiativen, stärken ehrenamtliches Engagement und bringen globale Themen in die Regionen. Ohne diese Programme fehlen wichtige Impulse und Strukturen für nachhaltige Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, daher müssen das Eine Welt- und das Interkulturelle Promotor*innen-Programm erhalten und langfristig gefördert werden.

*Diese Forderungen sind Ergebnis eines breiten partizipativen Prozesses vom DEAB-Vorstand, dem DEAB-Team, der DEAB-AG Landespolitik, dem Eine Welt- und Interkulturellen Promotor*innen Programm und den über 240 Teilnehmenden der Entwicklungspolitischen Landeskongress am 26. April 2025.*

Kontakt:

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e. V.
Dr. Gunne D. Guntsetseg, Netzwerkkoordinatorin
Gabriele Radeke, Geschäftsführerin
Vogelsangstr. 62, 70197 Stuttgart
Telefon: 0711 66 48 73 28 | E-Mail: info@deab.de

